

Wolfgang Sander

(Wie) Ist Frieden lehrbar ?

FRIEDENSERZIEHUNG ALS AUFGABE POLITISCHER BILDUNG*

Ich denke und hoffe, daß Sie von mir - ebenso wie von den anderen Referenten - kein Patentrezept als Antwort auf die doppelte Frage erwarten, ob und wie der Friede lehrbar ist. Zwar beschäftigt die Friedenserziehung die pädagogische Diskussion in einem bisher nicht gekannten Maße. Man kann wohl sagen, daß erst in den letzten 10 bis 20 Jahren die Überzeugung, der Krieg sei ein letztlich durch Erziehung nicht zu beeinflussendes Naturereignis, in der Pädagogik auf breiter Basis überwunden werden konnte. Angesichts der langen Tradition der Kriegsverherrlichung in der Schulgeschichte ist dies ein bedeutsamer und keineswegs selbstverständlicher historischer Fortschritt. So ist es nur zu begrüßen, daß wir gerade in den letzten Jahren eine ungewöhnlich breite und aspektreiche Diskussion zur Friedenserziehung erleben, die inzwischen wohl alle Fächer der Schule erreicht hat.

Trotz dieser intensiven Theoriediskussion und trotz vieler instruktiver Einzelvorschläge und interessanter Ideen für die Unterrichtspraxis vermag ich aber noch nirgendwo ein wohl begründetes, in sich schlüssiges und schulpraktisch hinreichend konkretisiertes Konzept der Friedenserziehung zu erkennen. Ich sehe, wenn

Sie so wollen, in der derzeitigen Diskussion noch weit mehr offene Fragen als gesicherte Antworten. Sie dürfen daher von mir nicht mehr als den Versuch erwarten, einige Kulminationspunkte dieser Diskussion kritisch zu kommentieren sowie einige Eckpunkte zu benennen, die ich als Essentials für eine im einzelnen erst noch auszuführende Konzeption der Friedenserziehung in der Schule ansehe.

Bekanntlich beginnen die Schwierigkeiten mit der Friedenserziehung bereits mit der Bedeutung des Wortes "Frieden". C.W. Mills meinte einmal treffend, dies sei "ein so durch und durch gutes Wort, daß man sich vor ihm in acht nehmen" müsse. Es habe, so Mills, "für die verschiedensten Menschen ... seit jeher die allerverschiedensten Dinge bedeutet. Sonst könnten sich nicht alle so bereitwillig und allgemein auf den Frieden einigen." ¹⁾ Ich halte es daher für geboten, zu Beginn meiner Ausführungen einige Bemerkungen zum Friedensbegriff in der Friedenserziehung zu machen. In einem zweiten Schritt möchte ich dann einige grundsätzliche Überlegungen zur Friedenserziehung als Aufgabe politischer Bildung vortragen. Drittens werde ich Ihnen abschließend einige Thesen zur Diskussion stellen, die diese grundsätzlichen Überlegungen unter verschiedenen Aspekten näher zu konkretisieren versuchen.

Zu welchem Frieden soll die Schule erziehen? Wie sieht Friede aus, auf den sich die Frage nach seiner Lehrbarkeit bezieht? Für die wohl meisten der neueren Veröffentlichungen zur Friedenserziehung ist der Friedensbegriff prägend, der zu Beginn der siebziger Jahre im Kontext der sogenannten "Kritischen Friedenserziehung" entwickelt wurde.²⁾ Dieser Friedensbegriff grenzte sich zum einen gegen ältere Konzepte der Friedenspädagogik ab, die auf eine eher unpolitische, ethisch-appellative Erziehung zur Völkerverständigung abzielten. Dagegen wurde nun die Notwendigkeit einer sozialwissenschaftlich fundierten Analyse der Friedensproblematik herausgearbeitet. Zum anderen sollte sich der Gegenstand der Friedenserziehung nicht länger auf den Bereich des internationalen Systems, der Beziehung zwischen Staaten und Machtblöcken, beschränken. Die Friedensforschung hatte herausgearbeitet, daß Kriege nicht allein aus Strukturfehlern der internationalen Ordnung oder aus einer falschen internationalen Politik entstehen. Insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und mit der Situation der Dritten Welt hatte ergeben, daß ökonomische, innenpolitische, sozialstrukturelle und sozialpsychologische Bedingungen eine entscheidende Rolle bei der Entstehung militärischer Konflikte spielen können. Für die Friedenserziehung schien es daher notwendig zu sein, diesen Zusammenhängen bei der Klärung ihres Gegenstandsbereichs Rechnung zu tragen.

Hier schien sich der Friedens- und Gewaltbegriff Johan Galtungs als Schlüssel zur Lösung dieses Problems anzubieten. Galtung hatte zwischen "negativem Frieden" als Abwesenheit vom Krieg und "positivem Frieden" als Abwesenheit von Gewalt in einem umfassenden Sinn unterschieden. "Gewalt" liegt nach Galtung "dann vor, wenn Menschen so beeinflußt werden, daß ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als³⁾ ihre potentielle Verwirklichung." Gewalt ist damit nach Galtung nicht nur die unmittelbare Gewaltanwendung, die im Krieg ihren Höhepunkt findet. Darüber hinaus wird Gewalt als Strukturmerkmal ungerechter sozialer Ordnungen, als "strukturelle Gewalt", verstanden. Friede wird dann mit sozialer Gerechtigkeit identisch.

Der Friedenserziehung kommt in diesem Verständnis - nach einer Definition von Christoph Wulf - die Aufgabe zu, "die verschiedenen Formen der Gewalt und Friedlosigkeit im internationalen und innergesellschaftlichen Bereich zu thematisieren, ihre Ursachen zu analysieren und ihre Interdependenz zu erkennen sowie zu ihrer Verminderung beizutragen."⁴⁾ Beides, direkte und strukturelle Gewalt, negativer und positiver Friede, soll Gegenstand der Friedenserziehung sein. Die Friedenserziehung bekommt damit ein überaus weit gefaßtes Gegenstandsfeld. Sie hätte allen Erscheinungsformen von Gewalt in den verschiedensten sozialen Bereichen, von der Familie über den Betrieb, den Konsum- und Freizeitbereich, bis hin zur Ebene der internationalen Beziehungen nachzuspüren, ihren wechselseitigen Zusammenhang aufzudecken und gewaltfreies Verhalten auf allen Ebenen einzuüben. Potentiell wird damit der gesamte Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens Gegenstand der Friedenserziehung. Selbst Alltagskonflikte in Familien, Jugendgruppen oder Schulklassen rücken in den Horizont der Friedenserziehung, sie sind sogar tendenziell von besonderer Bedeutung, weil sie relativ große Chancen für die pädagogische Beeinflussung des Verhaltens der Schüler bieten.

Nun erkenne ich nicht, daß die kritische Friedenspädagogik auf wichtige Probleme aufmerksam gemacht hat. In der Tat läßt sich heute über die Friedensproblematik ohne Bezug auf die Sozialwissenschaften nicht mehr sachgerecht diskutieren. Richtig bleibt auch, daß es eine problematische Verkürzung der Ursachen militärischer Konflikte wäre, wollte man die Frage nach ökonomischen und innergesellschaftlichen Zusammenhängen von Krieg und Frieden ausklammern. Ich fürchte aber, daß der Friedenserziehung ihr Gegenstand verloren gehen könnte, wenn der Friedens- und Gewaltbegriff auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt wird. Das Faszinierende und zugleich Problematische an Galtungs Ansatz ist es, daß hier der Versuch gemacht wird, sämtliche vermeidbaren Einschränkungen menschlicher Entfaltungsmöglichkeiten mit einem großen Wurf auf den Begriff zu bringen. Ich habe jedoch Zweifel, ob die schillernde Vielfalt von Gewaltformen

in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen tatsächlich mit dem Begriff der strukturellen Gewalt gewissermaßen zusammengefaßt werden kann. Lassen sich Kindesmißhandlungen, Verkehrstote, Schulhofraufereien, ungleiche Bildungschancen und Kriege wirklich unter einem Gewaltbegriff zusammenfassen? Ist es wirklich, wie Hans Nicklas meint, die Konkurrenzfähigkeit unserer sozialen Beziehungen, die für die verschiedenen Formen des Unfriedens verantwortlich ist?⁵⁾ Oder pädagogisch gewendet: Ist die Entwicklung von konkurrenzfreien Gesellschaftsspielen, die Nicklas fordert, schon ein Schritt auf dem Weg zum Frieden?

Ich denke, daß es keinen geraden Weg vom "kleinen Frieden" in der unmittelbaren sozialen Interaktion zum politischen Frieden zwischen den Staaten gibt. Wir verfügen über wenig gesichertes Wissen, was die Verbindungslinien zwischen Sozialisationsbedingungen und der Entstehung von Kriegen anbelangt.⁶⁾ Wir müssen aber wohl davon ausgehen, daß es keine unmittelbare, kausale Verbindung zwischen dem Sozialverhalten in Kleingruppen und der Bereitschaft zu militärischer Gewaltanwendung gibt. Gesellschaften sind keine ins Große projizierten Kleingruppen, und Konflikte zwischen Staaten haben andere Ursachen und laufen nach anderen Regeln ab als Auseinandersetzungen in einer Schulklasse. Es ist eben keine realitätsgerechte, sondern eine ideologisch verzerrte Sichtweise, wenn Kategorien und Erfahrungen des Alltagslebens auf die internationale Politik übertragen werden.

Kriege haben ihre letzte Ursache nicht in der Erziehungsgeschichte der beteiligten Völker, sondern in jeweils spezifischen politischen Problem- und Interessenkonstellationen. Die Friedenserziehung verfehlt daher ihren Gegenstand, wenn sie primär auf den Versuch setzt, den Frieden über die pädagogische Beeinflussung des Sozialverhaltens der nachwachsenden Generation zu ermöglichen oder gar zu schaffen. Ein realistisches Konzept der Friedenserziehung in der Schule ist nur denkbar, wenn der Bezug zu den politischen Problemen der Sicherheit und Entwicklung des Friedens durchgängig gewahrt wird. Friedens-

erziehung in der Schule kann daher sinnvoll nur als Teilbereich der politischen Bildung verstanden werden (bzw. der Sozialkunde, Gesellschaftslehre, usw.). Damit soll kein Monopolanspruch des Politikunterrichts auf die Friedensthematik erhoben werden. In der Tat berührt die Friedensthematik den Gegenstandsbereich fast aller Fächer der Schule, wenn auch unterschiedlich intensiv. Es liegt daher nicht nur nahe, sondern ist sachlich geboten, daß beispielsweise der Geschichts- und der Religionsunterricht, aber auch die Naturwissenschaften und andere Fächer einen Beitrag zur Friedenserziehung leisten. Entscheidend ist aber, daß dieser Beitrag zur Friedenserziehung als ein Beitrag des jeweiligen Faches zur politischen Bildung verstanden wird. Friedenserziehung in anderen Fächern als dem Politikunterricht wäre dann als ein Beispiel für politische Bildung als Unterrichtsprinzip zu verstehen.⁷⁾

II

Damit steht die Friedenserziehung prinzipiell vor den gleichen Aufgaben und Schwierigkeiten wie die politische Bildung insgesamt. Politische Bildung ist pädagogischer Umgang mit Politik.⁸⁾ Sie will die politische Mündigkeit der Schüler fördern und entwickeln; ihre Aufgabe ist es daher nicht, bestimmten politischen Positionen Geltung zu verschaffen und politische Gefolgschaften zu rekrutieren. Politische Bildung will vielmehr den Schülern die Möglichkeit eröffnen, über die kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen politischen Positionen ihre eigenständige politische Urteils- und Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Hierüber besteht, nach Jahren heftiger Auseinandersetzungen, in der Politischen Didaktik inzwischen eine grundsätzliche Obereinstimmung.⁹⁾

Für die Friedenserziehung heißt dies, daß sie um der politischen Mündigkeit der Schüler willen nicht auf eine bestimmte friedenspolitische Position verpflichtet werden darf. Friedenssicherung und Friedenspolitik sind, wie Sie alle wissen, in unserer Gesellschaft hoch kontroverse Themen. Die Lösungsvorschläge für das Problem, wie der Friede auf Dauer gesichert werden kann, gehen weit auseinander. Man wird

wohl Wolfgang Hilligen zustimmen müssen, wenn er angesichts dieser Situation feststellt: "Es gibt keine Instanz, keine wissenschaftspolitische, keine militärische, keine politische, die die Richtigkeit einer der Lösungen gültig vorhersagen könnte." 10) Die Friedenserziehung muß dieser Situation angemessen Rechnung tragen. Friedenserziehung in der Schule ist daher keine Fortsetzung der Friedensbewegung mit anderen Mitteln. Sie darf aber auch nicht von Regierungen zur Amtshilfe in innenpolitischen Auseinandersetzungen herangezogen werden.

In dieser Frage, weniger in den unterschiedlichen Positionen zur Friedenspolitik, sehe ich den entscheidenden Diszens zwischen den Empfehlungen der CDU und der SPD-regierten Länder zur Friedenserziehung. Im Text der unionsregierten Länder heißt es: "Die unterrichtliche Aufarbeitung von Fragen der Friedenssicherung soll dazu beitragen, die Notwendigkeit und den Auftrag der Bundeswehr für die äußere Sicherung unserer Demokratie einsichtig zu machen. Sie muß aufzeigen, daß der Dienst in der Bundeswehr Friedensdienst ist. Die Lehrer haben aufgrund des ihnen anvertrauten öffentlichen Amtes diesen grundgesetzlichen Auftrag unbeschadet ihrer persönlichen Meinung zu erfüllen." 11) Offenkundig wird hier der Schule die Aufgabe zugewiesen, Legitimationsdefizite auszugleichen, die politisch nicht hinreichend in den Griff zu bekommen sind. Sie soll in die kontrovers geführte öffentliche Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen militärischer Verteidigung zugunsten der Bundeswehr und der offiziellen sicherheitspolitischen Konzeption eingreifen. In einem solchen Unterricht könnten die Positionen der Friedensbewegung allenfalls als Irrtümer behandelt werden. Dagegen lautet der Schlüsselsatz in der Empfehlung der sozialdemokratisch regierten Länder: "Es darf keine Form der Bemühungen um Frieden von vorne herein als die richtige, einzig mögliche, realistische deklariert oder als die falsche bzw. utopische oder gar vom 'Gegner gesteuert' diskriminiert werden." 12)

Ich denke, daß hier - unbeschadet anderer Schwächen in diesem Papier 13) - eine für die Aufgaben und Möglich-

keiten der Friedenserziehung in der Schule entscheidende Festlegung getroffen wurde. Wenn die Perspektive der politischen Mündigkeit der Schüler nicht aufgegeben werden soll, wenn Friedenserziehung zugleich demokratische Erziehung sein soll, ist die Garantie pädagogischer Freiheit unerlässlich. Die Abwehr politischer Instrumentalisierungsversuche ist ein konstitutives Element einer demokratischen politischen Bildung. Bernhard Sutor, der bekanntlich zu den führenden konservativen Theoretikern der politischen Bildung gehört, meint in diesem Zusammenhang treffend: "Es ist ... nicht Aufgabe der Schule, die offizielle Politik bei den Schülern zu propagieren, und was öffentlich umstritten ist, kann die Schule nicht einfach auf einen Konsens zurückführen." 14) Konkret zur Friedenserziehung schreibt Sutor dann: "Ich kann mich auch nicht dazu verstehen, der Schule unmittelbar das Ziel zuzuschreiben, in den Schüler Verteidigungsbereitschaft zu entwickeln, also etwa die Bereitschaft, die offizielle Politik zu unterstützen und den Wehrdienst zu leisten. Wenn das Ziel politischer Bildung politische Rationalität heißt, darf die Schule keine wünschbare Einstellung an Einsicht und Urteil der Schüler vorbei anstreben." 15) Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß Sutor sich aus dem gleichen Grund und mit gleichem Recht auch gegen eine "kollektive Hinführung zur Wehrdienstverweigerung" wendet. 16)

III

Was aber kann Friedenserziehung als politische Bildung über diese eher negative Bestimmung ihrer Aufgaben hinaus leisten, wo liegen ihre Möglichkeiten und Grenzen? Ich möchte Ihnen hierzu abschließend fünf Thesen zur Diskussion stellen, die Sie im Sinn meiner Eingangsbemerkung als mögliche Eckpunkte einer im einzelnen erst noch auszuführenden Konzeption der Friedenserziehung verstehen sollten.

1. Friedenserziehung muß die Schüler für die Überzeugung gewinnen, daß der Friede - mit dem bekannten Wort Carl Friedrich von Weizsäckers - die Lebensbedingung unserer Zivilisation ist und daß der Krieg heute kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele mehr

sein darf. Der Unterricht muß deutlich machen, daß die Legitimität von Rüstung sich in unserer historisch-politischen Situation an ihrem Beitrag zur Kriegsverhütung bemißt. Dies ist eine normative Festlegung, die jenseits der politischen Kontroversen um den richtigen Weg zum Frieden liegt, was ich für einen bedeutenden historischen Fortschritt halte. Diese Festlegung ist u.a. durch das Grundgesetz gedeckt, das in der Präambel sowie in den Artikeln 1 und 26 den Dienst am Frieden geradezu zu einem Staatszweck der Bundesrepublik Deutschland erhebt. Für die Friedenserziehung heißt dies, daß im Unterricht den Schülern die Schrecken des Krieges und die Folgen einer kriegerischen Auseinandersetzung in Europa ohne Beschönigung bewußt gemacht werden müssen.

2. Die Friedenserziehung hat die Aufgabe, mit den Schülern die politischen Bedingungen für die Erhaltung und Entwicklung des Friedens in der Gegenwart zu erarbeiten. Friedenserziehung kann darum nicht auf eine Unterrichtseinheit beschränkt werden. Es gibt keine Friedenspolitik beispielsweise außerhalb der Deutschland-, Europa- oder Entwicklungspolitik. Weitere Themenzusammenhänge könnten etwa die ökonomischen Bedingungen der Rüstung, die historischen Hintergründe der derzeitigen Situation, Probleme der Kriegsdienstverweigerung oder alternativen Strategien in der Sicherheitspolitik sein. Es ist jedoch eine erst noch zu leistende Aufgabe, die Vielzahl möglicher Themstichworte in einen sinnvollen curricularen Zusammenhang zu bringen, der auch den Erfahrungen und Lernvoraussetzungen der Schüler Rechnung trägt. Für unerlässlich halte ich in diesem Zusammenhang die fächerübergreifende Kooperation des Politikunterrichts mit anderen Fächern. Politische Bildung - bzw. in diesem Fall Friedenserziehung - als Unterrichtsprinzip kann ja nicht bedeuten, daß Themen des Politikunterrichts in andere Fächer transferiert werden. Vielmehr kommt es darauf an, den Beitrag eines Faches zur Friedenserziehung am jeweils fachspezifischen Gegenstandsbereich festzumachen. So kann beispielsweise der Physikunterricht Zusammenhänge zwischen Naturwissenschaft und Rüstung herausarbeiten, er kann aber

nicht den rüstungspolitischen und militärstrategischen Kontext gleich miterarbeiten. Ähnlich könnte der Religionsunterricht christliche Motivationen für unterschiedliche Friedenspolitische Positionen thematisieren, er kann aber nicht diese Positionen selbst gründlich erörtern. 17) Hier bieten sich also vielfältige Chancen und Notwendigkeiten für eine fächerübergreifende Zusammenarbeit.

Friedenserziehung bezieht sich somit auf ein breites Spektrum möglicher Themen. Der Zusammenhang zwischen diesen Themen sollte über einen Friedensbegriff vermittelt werden, der sich auf die Sicherung und Entwicklung des äußeren Friedens bezieht. Nur so kann m.E. der Gefahr begegnet werden, daß die Friedenserziehung über einen zu weiten Friedensbegriff potentiell entpolitisiert wird. 18) Dies heißt nicht, daß sich die Friedenserziehung auf den Bereich der internationalen Politik in einem sehr engen Sinn zu beschränken hätte. Innenpolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse könnten aber nur insoweit Gegenstand der Friedenserziehung sein, als ihr Zusammenhang mit dem Problem der äußeren Friedenssicherung schlüssig nachweisbar ist.

3. Die Friedenserziehung muß die politischen Alternativen in der Friedenspolitik deutlich herausarbeiten. Dabei genügt es nicht, politische Alternativen einfach nebeneinander zu stellen. Vielmehr kommt es darauf an, unterschiedliche friedenspolitische Konzepte auf ihre ausdrücklichen und impliziten Voraussetzungen und ihre möglichen Konsequenzen hin zu untersuchen. Es genügt also nicht, beispielsweise die Logik der Abschreckungspolitik bloß informierend darzustellen, sondern es müßte im Unterricht auch gefragt werden, welche Denkbedingungen hinter diesem Konzept stehen, also etwa welches Menschenbild, welches Bild vom möglichen Gegner, welches Geschichtsbild, welche Vorstellungen von einer langfristigen Friedenssicherung, usw. Analoges gilt natürlich auch für andere friedenspolitische Konzepte.

4. Über die Frage hinaus, wie kurz- und mittelfristig der Krieg vermieden werden kann, geht es in der Friedens-

Erziehung um die Frage, wie eine politische Ordnung und politische Kultur des Friedens aussehen könnte, die den Krieg auf Dauer überwindet. Politische Bildung hätte somit die Aufgabe, mit den Schülern über konkrete Utopien in der Friedenspolitik nachzudenken und so einer Fixierung der Schüler auf den status quo entgegenzuwirken. Auch und gerade im Bereich der Friedenspolitik muß politische Bildung, mit einem Wort von Rolf Schmiederer, die Schüler lehren, "in die Zukunft zu denken". 19) Sie muß die Sensibilität für die Unzulänglichkeiten der derzeitigen Situation fördern und politische Phantasie entwickeln helfen. Sie muß aber zugleich utopisches Denken immer wieder an die genaue Analyse der politischen Realität zurückbinden, wenn nicht bloße Illusionen an die Stelle konkreter Utopien treten sollen. Zudem gilt hier in besonderem Maße, daß die Schule keine fertigen Lösungen anbieten kann, sondern daß sie die Schüler erst einmal für das Problem und für das breite Spektrum unterschiedlicher Lösungsangebote sensibilisieren muß.

In diesem Zusammenhang hätte auch der Friedensbegriff Galtung seinen Platz in der politischen Bildung. Er wäre dann als ein Zukunftsentwurf, als eine konkrete Utopie neben anderen - ich nenne als Stichwort nur den Begriff "Frieden in Freiheit" - zu betrachten. Er wäre somit als ein Unterrichtsgegenstand, nicht aber als theoretischer Bezugsrahmen für Friedenserziehung zu verstehen.

5. Friedenserziehung in der Schule ist, mit einer Formulierung von Hans Jochen Gamm, vor allem "kognitive Einführung in die geschichtlich gewordene Welt." 20) Das heißt nicht, daß die affektive Dimension aus dem Lernprozeß gänzlich ausgeklammert werden kann. Wer sich von Angst lähmen läßt, wen verdrängte Angst daran hindert, sich auf das Thema Friedenspolitik überhaupt erst einzulassen oder wem Ressentiments und Feindbilder eine rationale Urteilsbildung unmöglich machen, der wird schwerlich zu politischer Mündigkeit in der Lage sein. Ferner soll mit dieser Schwerpunktsetzung auf den kognitiven Bereich nicht ausgeschlossen werden, daß didaktisch ein Zugang zur Friedensthematik gesucht wird, der Betroffenheit und emotiona-

les Engagement ermöglicht. Selbstverständlich ist es sinnvoller, mit jüngeren Schülern über die Kriegserfahrungen von Kindern zu sprechen, anstatt sie mit Zahlenkolonnen zu konfrontieren. Gerade angesichts der Distanz, mit der den Schülern der Krieg in den Massenmedien begegnet, ist das Angebot von Identifikationsmöglichkeiten im Unterricht von erheblicher Bedeutung. Diese affektive Komponente der Friedenserziehung ist jedoch kein Selbstzweck. Sie soll reflektierte Urteilsbildung erleichtern, sie aber nicht ersetzen. Politische Mündigkeit ist auch in der Auseinandersetzung mit der Friedensthematik ohne solide Kenntnisse, begründetes Urteil und eine realistische politische Perspektive nicht erreichbar. Friedenserziehung bewegt sich daher vorrangig im Medium kritischer Reflexion. Auch für sie gilt, was Klaus Mollenhauer über Erziehung generell sagt: Sie kann "nicht mehr sein als organisierte Aufklärung; darin liegt ihre Macht wie ihre Ohnmacht." 21)

Anmerkungen

* Vortrag im Rahmen einer Tagung in der Evangelischen Akademie Arnoldsheim am 30. 3. 1984

- 1) C.W. Mills: Die Konsequenz. München 1959, S. 157
- 2) vgl. vor allem Christoph Wulf (Hrsg.): Kritische Friedenserziehung. Frankfurt/M. 1973
- 3) Johan Galtung: Gewalt, Frieden und Friedensforschung. In: Dieter Senghaas (Hrsg.) Kritische Friedensforschung. Frankfurt/M. 1971, S. 57
- 4) Christoph Wulf: Artikel "Friedenserziehung". In: Ders. (Hrsg.): Wörterbuch der Erziehung. München 1974, S. 218 f.
- 5) vgl. Hans Nicklas: Erziehung zur Friedensfähigkeit in einer friedlosen Welt? In: Zeitschrift für Pädagogik, 18. Beiheft, 1983
- 6) Ich sehe nicht, daß es bisher analytisch oder konzeptionell irgendwo überzeugend gelungen wäre, diese Verbindungslinien so nachzuzeichnen, daß schlüssig Konsequenzen für die pädagogische Theorie und Praxis gezogen werden können. So klingt es auch eher beschwörend als überzeugend, wenn Christoph Wulf in dem schon erwähnten Wörterbuchartikel schreibt, die Friedenserziehung habe "die Erkenntnis zu vermitteln, daß die internationalen

und gesamtgesellschaftlichen Antagonismen die Widersprüche und Konflikte im Mikrobereich der eigenen Lebenswelt bedingen, auf deren Überwindung Friedenserziehung in der Hoffnung hinwirken muß, dadurch langfristig Einfluß auf die Konfliktformation im Makrobereich zu bekommen." (a.a.O., S. 219)

- 7) vgl. zum Problem der politischen Bildung als Unterrichtsprinzip Wolfgang Sander (Hrsg.): Politische Bildung in den Fächern der Schule. Beiträge zur politischen Bildung als Unterrichtsprinzip. Stuttgart 1985

Zu fächerübergreifenden Aspekten der Friedenserziehung siehe Brigitte Reich/Norbert H. Weber (Hrsg.): Unterricht im Dienste des Friedens. Bedingungen und Möglichkeiten einzelner Unterrichtsfächer zur Friedenserziehung in der Sekundarstufe I. Düsseldorf 1984

- 8) vgl. hierzu u.a. Gerd Stein: Politische Bildung zwischen Politik und Pädagogik. Politischer Kontext, edukative Aufgabe und Bezugswissenschaften des Politikunterrichts. In: Wolfgang W. Mickel (Hrsg.): Politikunterricht im Zusammenhang mit seinen Nachbarfächern. München 1979
- 9) vgl. Hans-Georg Wehling: Konsens à la Beutejlsbach? In: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.) Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977; Wolfgang Sander: Politische Bildung in der Schule. In: Die Neue Gesellschaft 4/82
- 10) Wolfgang Hilligen: Friedensfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft als pädagogisches Konsensproblem. In: Paul Ackermann/Wilfried Glashagen (Hrsg.): Friedenssicherung als pädagogisches Problem in beiden deutschen Staaten. Stuttgart 1982, S. 148
- 11) zit. nach bildungspolitische information 1/83 (hrsg. vom Hessischen Kultusminister), S. 11
- 12) ebd., S. 5

13) So geht die Empfehlung vom Begriff der strukturellen Gewalt aus, vermag ihn aber nicht durchzuhalten; die Themenvorschläge für den Unterricht (ebd., S. 8) gehen implizit von einem sehr viel engeren Friedensbegriff aus.

- 14) Bernhard Sutor: Internationale Politik und Friedenssicherung als Probleme politischer Bildung, in: aus politik und zeitgeschichte, B 5/82, S. 14
- 15) ebd., S. 19
- 16) ebd., S. 19
- 17) vgl. zur hier vertretenen Vorstellung von den politischen Bildungsmöglichkeiten des Religionsunterrichts Wolfgang Sander: Politische Bildung im Religionsunterricht. Eine Untersuchung zur politischen Dimension der Religionspädagogik. Stuttgart 1980
- 18) Diese Gefahr ist besonders dann gegeben, wenn "Friedensfähigkeit" vor allem in der unmittelbaren sozialen Interaktion eingeübt werden soll. Nun soll nicht bestritten werden, daß auch soziales Lernen, etwa durch die Einbeziehung der Interaktionsstrukturen in einer Lerngruppe in den Lernprozeß, zu den Aufgaben der Schule gehört. Aber soziales Lernen ist nicht als solches schon ein Beitrag zur Friedenserziehung. Zudem darf soziales Lernen nicht von Reflexion getrennt werden. Auch soziale Lernerfahrungen müssen dem Ich der Schüler verfügbar gemacht, und das heißt: durch gemeinsame Reflexion kontrolliert werden.
- 19) Rolf Schmiederer: Zur Kritik der Politischen Bildung. Ein Beitrag zur Soziologie und Didaktik des Politischen Unterrichts. Frankfurt /M./Köln 1971, S. 88
- 20) Hans Jochen Gamm: 8 Thesen zur Friedenserziehung. In: betrifft: erziehung 12/83, S. 30
- 21) Klaus Mollenhauer: Theorien zum Erziehungsprozeß. München 1972, S. 81